

Keine Demokratie ohne bürgerschaftliches Engagement
Keynotevortrag zur Gründung des
Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement Nordrhein-Westfalen
am 7. September 2022 im Plenarsaal des Landtags Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf

Coronakrise, Ukrainekrise, Energiekrise, Infrastrukturkrise, Klimakrise, Personenverkehrskrise, Flüchtlingskrisen, Krise der Demokratie, Krise der Gemeinschaftsbildung, Krise des Staates, geopolitische Krise, Krise der Institutionen, Geldwertkrise – wem das noch nicht genügt, kann die Liste gern verlängern. Es ist wohl jedem klar geworden, daß die gemütliche Welt, in der wir uns über Jahrzehnte eingerichtet hatten, gerade zerbricht, endgültig. Von liebgewonnenen Gewohnheiten müssen wir Abschied nehmen! Wir gehen in eine neue Zeit, die wahrscheinlich weniger gemütlich sein wird, und das nicht nur wegen Herrn Putin, den Chinesen oder dem Virus, sondern auch, weil wir alle die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt haben, die politische Führung nicht, die großen Think Tanks nicht, die „zuständigen“ Behörden nicht, die globalen Unternehmen und die Medien auch nicht. Wir haben uns einlullen lassen von dem Unsinn, den beispielsweise Francis Fukuyama in den 1990er Jahren propagiert hat, als er vom Ende der Geschichte sprach – dem Ideal von Karl Marx kapitalistisch gewendet. Wir alle waren nicht selbstkritisch genug und haben zu wenig in die Zukunft geblickt.

Warum das so geschehen konnte, müssen wir aufarbeiten. Daß wir die Vorsorge für und den Blick auf mögliche Notsituationen sträflich vernachlässigt haben, wissen wir. Schon hier kommt das bürgerschaftliche Engagement ins Spiel. Wer wie ich mit dem Katastrophenschutz zu tun gehabt hat, weiß, wie dieser Bereich bei den Hilfsorganisationen immer weiter zurückgefahren werden mußte, weil der Gewährleistungsstaat ihn nicht mehr gewährleisten wollte. Immer weniger bürgerschaftlich Engagierte wurden dazu ausgebildet, in der Not qualifiziert zu helfen, und damit meine ich nicht nur, Sandsäcke zu schleppen, sondern auch, Verantwortung zu übernehmen. Und dies, obwohl bei vielen Ereignissen, von der Flüchtlings- bis zur Ukrainekrise immer wieder deutlich wurde: Wenn Not am Mann ist, sind Bürgerin und Bürger zur Stelle. Auf sie kann man sich verlassen. Allen ernstes glaubte aber der Staat,

er könne das allein und, wie man so sagt, mit links bewältigen. Die Flut des Jahres 2021 hat gezeigt, wie falsch das war.

Es geht aber um mehr. Nach meiner Überzeugung ist die Krise der Demokratie schwerwiegender als alle anderen, die ich genannt habe. Man kann es gar nicht oft genug sagen: Unsere Demokratie muß weiterentwickelt werden, wenn sie überleben will. In dem Zustand, in dem sie heute ist, ist sie nicht überlebensfähig. Wir mußten und müssen dies in den USA, dem Land mitanzusehen, das über Jahrzehnte der Welt vormachen und beibringen wollte, was Demokratie ist. Die Krise der Demokratie als wünschenswerte und leistungsstarke politische Ordnungsform ist einschneidender als alle anderen Krisen, an denen wir zur Zeit gewiß keinen Mangel haben. Sie ist brisanter, weil sie vielen von uns am allerwenigsten bewußt ist – auch denen nicht, die sie eigentlich pflegen, hüten und entwickeln sollten.

Es ist nicht alles in Ordnung mit unserem Gemeinwesen, wenn der Rechtsstaat nur noch dazu dient, das staatliche Recht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern mit Hunderttausenden von Vorschriften zu exekutieren, die Herrschaft des Rechts (the rule of law) denen, die das tun sollen, aber immer weniger bedeutet: Die Fälle von Bereicherung, Untreue, Bestechlichkeit und unverblümter Vertretung von Eigeninteressen häufen sich, in der Politik, in der Staatsverwaltung und im gesamten staatsnahen Bereich, von der immer schlechteren performance ganz zu schweigen. Wen wundert es, daß sich immer mehr von den öffentlichen Angelegenheiten abwenden, weil sie nicht ohne Grund glauben, ihre Stimme werde ohnehin nicht gehört, geschweige denn beachtet. 55% der Menschen in Deutschland glauben sogar, man könne in Deutschland seine Meinung gar nicht mehr frei äußern. Die Meinungsbildung ist zum Geschäft degeneriert: Wer gut zahlen kann, kann seine Meinung durchsetzen.

Demokratische Rituale allein helfen uns da nicht weiter, obwohl wir uns ja schon damit schwer tun, wie die Wahlen in Berlin im letzten Jahr gezeigt haben. Wir haben gesehen, wie Recep Tayyip Erdoğan, Viktor Orbán und Donald Trump auf demokratisch ziemlich korrekte Weise gewählt wurden – und sich nach Kräften bemühen, die Demokratie zu beseitigen. Es hilft auch nicht, mit Beschwörungs- und Beschwichtigungsformeln auf die Bürgerinnen und Bürger einzureden. Es liegt vielmehr in unserem gemeinsamen ureigenen Interesse, nicht nur gegen illiberale, autoritäre, populistische Herrschaftsformen, unter denen heute schon 4/5 aller Bewohnerinnen und Bewohner unseres Planeten leben müssen, weltweit kraftvoll vorzugehen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß unser Gemeinwesen nicht durch die zunehmenden Versagenstatbestände von innen ausgehöhlt und zur leichten Beute von Rattenfängern wird. Gewiß müssen wir dafür etwas tun, daß unsere Bürgerinnen und Bürger nicht populistischen, illiberalen Rattenfängern auf den Leim gehen. Wenn wir das nicht tun, leisten wir nicht

nur den Putins und Xis und Modis dieser Welt Vorschub; wir gefährden auch unser eigenes Gemeinwesen. Mehr als die oft eher argumentationsschwachen Menschen am Rand des politischen Spektrums beunruhigen mich die, die das System von innen her in Verruf bringen und die, die sich selbst in der Mitte desselben sehen und autoritativen Regimen das Wort reden, die angeblich alles schneller und besser „in den Griff bekommen“.

Bis heute versuchen, und das kann man an vielen konkreten Beispielen zeigen, Mandatsträger und Staatsverwaltung nicht nur, eigene Versäumnisse kleinzureden und zu vertuschen, sondern auch, das bürgerschaftliche Engagement und die Organisationen, in den es sich – zu 80% - verwirklicht, „auf Linie zu bringen“: durch eine Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik, die Wohlverhalten mit Subventionen belohnt, andererseits aber einen ständig steigenden Wust von Vorschriften und Einschränkungen, Kontrollen und eine permanente latente Herabsetzung bereithält. Unsere gewählten Mandatsträger haben das nicht verhindert, es zum Teil sogar aktiv unterstützt. So nett freundliche Sonntagreden klingen, die das Ehrenamt loben; der Alltag sieht anders aus. Der Staat mißtraut seinen Bürgerinnen und Bürgern zutiefst. Kein Wunder, daß weniger als 50% unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger dem Staat und seinen Einrichtungen, den Parlamenten, Parteien, Verwaltungen usw. noch vertrauen. Die vorbereitenden Texte zum sogenannten Demokratiefördergesetz, die bisher bekannt geworden sind, sprechen, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, eine klare Sprache: Prüfungen auf Zuverlässigkeit und die Macht der Haushaltsordnung, die vor jeder eventuellen Förderung stehen. Wir sollten also nicht glauben, das Schlagwort vom Shrinking oder Contested Civic Space, vom schrumpfenden oder umkämpften bürgerschaftlichen Raum, sei etwas, das nur in autoritären Regimen wie China, Rußland, Indien, Ägypten oder der Türkei aktuell ist. Und wenn wir gerade noch zu den 20% der Erdenbürger und -bürgerinnen gehören, die in Gesellschaften leben, die im wesentlichen als frei zu bezeichnen sind, ist das wahrlich kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. All das darf uns nicht kalt lassen! Es muß uns aufrütteln.

Wohlgemerkt geht es mir überhaupt nicht darum, der Zivilgesellschaft den Weg zu mehr Macht zu ebnen oder andererseits die Parlamente zu entmachten. Diese müssen nach meiner Überzeugung das alleinige Recht haben und behalten, über die Angelegenheiten zu beschließen und die Normen zu setzen, die anschließend für alle Bürgerinnen und Bürger verbindlich sind und über das – ebenfalls völlig unstrittige – Gewaltmonopol auch durchgesetzt werden. Das ist der Kern einer Demokratie. Das Prinzip, das im 18. Jahrhundert dazu führte, daß 13 Kolonien in Nordamerika ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erklärten, gilt auch heute uneingeschränkt: „No taxation without representation!“ Nicht Aktivismus und nicht noch so große Versammlungen von bürgerschaftlich Engagierten können und sollen daran etwas ändern, daß von Allen mit

gleichen Stimmrechten gewählte Parlamente, allerdings tatsächlich diese und nicht die Parteien das letzte Wort haben. Dies beinhaltet aber nicht ein Erörterungs-, Vorschlags- oder Gestaltungsmonopol, das zunächst allen Bürgerinnen und Bürgern vorbehalten ist und sich, wie die Dinge nun einmal liegen, zur Zeit stärker als je zuvor mit dem bürgerschaftlichen Engagement im vom Staat unterscheidbaren bürgerschaftlichen Raum, also wesentlich in der Zivilgesellschaft verbindet. Die deliberative Demokratie, von Jürgen Habermas vor 60 Jahren in die politische Diskussion eingeführt, ist notwendiger denn je; nur sie ist geeignet, die Demokratie gegen die Aushöhlung von innen und Angriffe von außen resilient zu machen und notfalls zu verteidigen. Sie, nicht angeblich effizientere autokratische oder illiberale Systeme, aber auch keine Parteien- oder Verbandsdemokratien, bietet die Voraussetzungen dafür, daß Ideen in hinreichend großer Zahl und Qualität für die Bewältigung unserer Krisen und Herausforderungen produziert werden. Nochmal: Nicht nur, daß wir Bürgerinnen und Bürger als Prinzipale der Gesellschaft sie uns wünschen, ist ein wichtiger Grund dafür, daß wir die Demokratie als geeignetste Regierungsform sehen. Eine offene, demokratische, Engagement fördernde Gesellschaft bietet auch die besten Voraussetzungen für die Entwicklung von Lösungsansätzen für die Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen. Sich zu engagieren, sich engagieren zu können, ist die Stärke, man ist versucht zu sagen eine scharfe Waffe der Demokratie im Kampf gegen Antidemokraten. Illiberale Autokratien sind zu solchem brainstorming nicht fähig, auch wenn sie noch so populistisch daherkommen. Man fragt sich, wieviele Krisen noch kommen müssen, bevor unsere Demokratie das lernt. Dazu im folgenden noch ein paar Gedanken:

Wir müssen miteinander überlegen, wie wir in Zukunft leben wollen. Ein Weltbürger indisch-amerikanischen Ursprungs, Parag Khanna, gibt uns in seinem neuesten Buch, ‚Move‘ (2021) dazu die Anregung, globale Bewegungen von Menschen auf der Suche nach Wasser, Nahrung und Schutz vor Überschwemmung als das neue Normal zu begreifen. Ob wir es wollen oder nicht, wir werden eine Welt in Bewegung. Damit wird die Ordnung endgültig in Frage gestellt, die vor 500 Jahren entwickelt und seitdem immer weiter perfektioniert, aber auch pervertiert und ad absurdum geführt worden ist: die Welt der souveränen Nationalstaaten als primäre, ja einzige Träger von Identität und Loyalität der Bürgerinnen und Bürger. Heute ist beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland in über 300 internationale Verträge eingebunden, die mit Souveränitätsverzicht verbunden sind, herausragend, aber eben keineswegs ausschließlich die Europäische Union. Die Idee des souveränen Nationalstaats kann man daher im 21. Jahrhundert getrost als Chimäre betrachten, um so mehr, als spätestens seit 2005 die in der UNO zusammengeschlossene Staatengemeinschaft das Recht beansprucht, weltweit einzugreifen, wenn Menschenrechte verletzt werden. Daß sie das nur selektiv tut, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls ist die Priorität der

Staatsangehörigkeit und die daraus abgeleitete Notwendigkeit eines umfassend tätigen Nationalstaates heute zwar ein von diesem Staat nach wie vor gern benutztes Propaganda- und Druckinstrument, die Wirklichkeit ist eine andere. Nicht nur die transnationalen Zusammenschlüsse setzen ihm zu. Auch die Regionen, bei uns die Länder, die Kommunen und die Zivilgesellschaft setzen ihm zu. Schon 2011 hat Parag Khanna geschrieben, die Welt werde, um zu überleben, zu „einem fetzigen Tanz von dot.gov, dot.com und dot.org“, der die Welt der Staaten, die die Welt regieren, ablösen müsse.

Zu diesem Thema gibt es unübersehbar viele weitere Denkanstöße. Einen will ich noch nennen: Auch schon vor zehn Jahren hat der britische Soziologe Colin Crouch der Zivilgesellschaft eine neue Aufgabe zugemessen, und ich nenne sie bewußt in diesem Saal. Sie muß der watch-dog sein, über unsere freiheitliche Demokratie wachen, denn die Parlamente sind, so Crouch, dazu nicht mehr in der Lage. Dazu ist jede und jeder einzelne Engagierte berechtigt und aufgerufen, vor allem aber ist es das bürgerschaftliche Engagement in den Gemeinschaften, die der englische Fachausdruck *communities of choice* nennt, zu deutsch Wahlgemeinschaften, um sie von denen, in die man hineingeboren ist, den *communities of fate*, den Schicksalsgemeinschaften abzugrenzen. Daß sich hier ganz grundsätzlich etwas verschoben hat und weiter verschiebt, müssen Parteien, Mandats- und Verantwortungsträger, auch Verwaltungs- und Vollzugsbeamte, Richter, aber auch staatsnahe Unternehmen und Gewährleistungsträger und nicht zuletzt die Medien noch lernen. Was entstehen muß, läßt sich unter zwei Begriffen zusammenfassen: 1. Respekt vor Bürgerin und Bürger. „Bevölkerung“ oder gar „breite Masse“ sind Vokabeln, die aus unserem Wortschatz verschwinden sollten – dringender als manch andere. 2. Partizipation. Ob die derzeit diskutierten und in der Erprobung befindlichen Partizipationsinstrumente oder andere Bürgerbeteiligungsverfahren – es gibt rund 300 – schon die beste Lösung darstellen, will ich an dieser Stelle garnicht diskutieren. Beachtung verdienen sie in jedem Fall. Über eine Abgleichung mit der bestehenden organisierten Zivilgesellschaft ist zu reden. Wichtig ist: Wer sich für die res publica engagieren, an der Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten partizipieren will, muß dies auch können und darf auch nicht an die Parteien als angeblich einzigen Ort der Willensbildung verwiesen werden.

Jedem, der gerade jammert, staatlicherseits ein finanzielles Trostpflaster zu verpassen, hilft uns an diesem Punkt nicht weiter. Das heißt auch, daß sich bürgerschaftliches Engagement nicht darin erschöpfen darf, solche Trostpflaster einzufordern. Ebensowenig dürfen wir uns in rein technologische Lösungsansätze verkrallen. Weiterzuwursteln wie bisher hilft auch nicht, den Kopf in den Sand zu stecken auch nicht und nur neuen Wein in die alten Schläuche zu gießen, erst recht nicht. Wir müssen nun einmal nicht nur Energie sparen, sondern zwingend auch die politische Ordnung,

unsere Demokratie, weiterentwickeln. Dazu müssen wir nachdenken und nicht wohlfeile Floskeln, sondern Ideen produzieren. Davon brauchen wir viele, damit sich aus der Fülle die besten herauschälen können. Dies ist ein prinzipiell nicht organisierbarer Prozeß! Nur „die üblichen Verdächtigen“ oder nur die anzuhören, die – durchaus legitime – Interessen vertreten, taugt dazu nicht. Minister, Beamtinnen, Parteien, Think Tanks, Wissenschaftlerinnen, zivilgesellschaftliche Akteure aller Art, auch Stiftungen, und alle Bürgerinnen und Bürger sind gleichermaßen gefragt. Niemand ist besser geeignet oder legitimiert als andere. Die Legitimation ergibt sich aus dem Engagement. Schul- und Hochschulbildung spielen keine Rolle, das Alter nicht, Herkunft und Staatsangehörigkeit nicht, das Vermögen auch nicht. Keine Idee ist von vornherein schlechter als eine andere. Jede ist mit Respekt anzuhören. Nur: In der Zeit der Not ist keine Wasch-mir-den-Pelz-aber-mach-mich-nicht-naß-Lösung gefragt, sondern der weiterführende Plan. Dieser wird nur durch Nachdenken und Streiten entstehen, nicht durch Parolen, durch unorthodoxe Ideen, nicht durch politisches Lavieren und Taktieren, durch einen Blick auf das Ganze, nicht durch hartnäckige Verteidigung von Partikularinteressen, schon gar nicht durch einen Drang, Andere auszutricksen. Wenn wir das Nachdenken und Streiten nicht zulassen, bewegen wir uns auf dem Niveau von Ansagen, dies oder jenes diene unserer eigenen Sicherheit, wo wir doch genau wissen, es soll nur Haftungsansprüchen vorbeugen.

Nachdenken können und müssen wir allein und mit anderen. Der bürgerschaftliche Raum muß und kann ein Raum des Nachdenkens werden. Warum gerade dieser? Er ist heterogener, volatiler, flexibler. Er befreit sich leichter als Staat und Markt aus der Pfadabhängigkeit. In communities of choice kann man relativ leicht eintreten und sie auch wieder verlassen. Der Engländer Jon Alexander hat vor einigen Monaten ein Buch mit dem plakativen Titel ‚Citizens‘ vorgelegt. Er plädiert dafür, nach der Grundorientierung als Untertanen auch die als Konsumenten zu überwinden und uns zu allererst als Bürgerin und Bürger zu verstehen – nicht nur in der Zivilgesellschaft, und nicht nur alle paar Jahre in der Wahlkabine.

Im Kampf für die Entwicklung der Demokratie oder besser gesagt für eine pluralistische, liberale, offene Gesellschaft kämpft die Zivilgesellschaft – allen Diffamierungen und Herabsetzungen zum Trotz – an vorderster Front. Vor über 20 Jahren haben wir in der Enquete-Kommission des Bundestags, die diesen Namen trug, aus dem Ehrenamt das bürgerschaftliche Engagement gemacht. Den alten vertrauten Begriff, den wir sozusagen unter uns natürlich immer noch nutzen, fanden nicht nur junge Engagierte zunehmend anstößig, weil sie ihr Engagement nicht mit Ehre und schon gar nicht mit Amt assoziiert sehen wollten. Es ging aber auch darum, das Engagement mit der Eigenschaft des Bürgers und der Bürgerin zu verknüpfen. Im 21. Jahrhundert kann damit allerdings nicht der „Staatsbürger“ gemeint sein. Alles, was wir heute bewältigen

müssen – Klima, Krieg, Migration und was auch immer – ist heute zum Weltproblem geworden. Auch was wir mitteilen wollen, geht um die Welt. Wenn sich in Hongkong, Kairo, Hamburg, Istanbul, Santiago oder Minsk Bürgerinnen und Bürger protestierend engagieren, weiß das die Welt in Sekunden. Weltweit findet kein politisches Ereignis von größerer Tragweite heute ohne paralleles bürgerschaftliches Engagement statt.

Sie mögen das, was ich bisher gesagt habe, als Plädoyer verstehen, und das ist es auch: ein Plädoyer dafür, das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft, in der dieses überwiegend stattfindet, als unabdingbare Komponente, ja Voraussetzung der Demokratie ernst zu nehmen. Zivilgesellschaft ist nicht nett, sondern wichtig. Sie ergänzt in der Demokratie nicht staatliches Handeln, sondern trägt eigenständig, selbstermächtigt und selbstorganisiert zur Entwicklung der Demokratie bei. Lange vor dem 1. Weltkrieg gab es bei einer Festveranstaltung im Ausland einen Eklat, als ein bayerischer Prinz als Gefolge des Vertreters des Kaisers begrüßt wurde. „Wir sind nicht Vasallen des Kaisers“, sagte der Bayer, „wir sind seine Bundesgenossen“! So ähnlich ist das heute auch: die Zivilgesellschaft und ihre Millionen von Engagierten sind nicht Vasallen des demokratischen Staates, sondern seine Bundesgenossen im Kampf gegen eine übergriffige globalisierte Wirtschaft, gegen Illiberalität und Autoritarismus und gegen einen übermächtigen Verwaltungsstaat – allerdings nur, wenn er sie auch nutzt. Sie bilden, so wie es Alexis de Tocqueville vor 200 Jahren in den USA beobachtet hat, die Voraussetzung dafür, daß eine echte Demokratie wachsen und gedeihen kann. Sie müssen über diese Demokratie wachen, Schwachstellen aufzeigen, für Menschen- und Bürgerrechte kämpfen. Darüberhinaus leisten sie angesichts der zunehmenden Bedeutung von freiwilligen Gemeinschaften das entscheidende bei der Bildung dieser Gemeinschaften, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Sie bieten mehr als jede andere Arena im öffentlichen Raum die Chance für ein erfülltes Leben, sie organisieren die Selbsthilfe, die Übernahme von Verantwortung und das Erlernen von Demokratie. Schließlich leisten sie Dienste verschiedenster Art an der Gemeinschaften, die der Staat, und wäre er noch so reich, nicht würde leisten können, schon gar nicht in der Qualität, die nur in der Empathie entsteht. Und wenn jetzt jemand entgegen will: „Zivilgesellschaft hat aber auch eine dunkle Seite; Engagement ist nicht immer nur gut!“, dann antworte ich: Stimmt! Aber wo ist denn immer alles gut auf dieser Welt? Messen wir doch nicht mit zweierlei Maß! In der Zivilgesellschaft steckt die Kraft der Empathie, des Engagements; das ist gut, und wir brauchen es, gerade weil es auch mal als Störenfried daherkommt. Ohne dieses Engagement kann sich die Demokratie nicht erneuern. Ohne Erneuerung aber, ich sagte es schon, hat sie keine Chance. Das aber wäre fatal, denn die Autokraten werden die Welt nicht retten.
